

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Thomas Gehring

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Günther Felbinger

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konkreter Ausbauplan für Ganztagsangebote! (Drs. 17/1816)

Ich eröffne hiermit die Aussprache und bitte den Kollegen Gehring ans Rednerpult.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bayerische Ministerpräsident Seehofer hat bei seiner Regierungserklärung eine Ganztagsgarantie ausgesprochen, wonach bis 2018 für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre in allen Schularten ein bedarfsgerechtes Angebot gemacht werden soll. Wir finden, wenn man eine Garantie ausspricht, reicht Reden nicht; man muss auch zeigen, wie man diese Garantie einhalten und erfüllen will. Da macht es vielleicht Sinn, einen Plan zu erstellen, damit jeder sieht, wie das mit dem Erfüllen dieser Garantie funktionieren soll.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Auf diesen Plan warten wir bis heute. Wir stellen im Gegenteil fest, dass das Thema Ganztagsangebote in Bayern nicht sehr gut funktioniert, und die Stimmung eher gegen Ganztagsangebote kippt. Bezeichnend dafür ist der Ausstieg des Kreisjugendrings München in der letzten Woche aus einem Ganztagsprojekt mit der Note fünf als Botschaft an die Bayerische Staatsregierung, wie das momentan mit den Ganztagschulen in Bayern funktioniert. Die Probleme sind bekannt, wir haben sie schon öfter formuliert. Deswegen müssen wir, wenn wir über einen Ganztagsschulplan reden, über verschiedene Themen sprechen, zunächst über die Ausstattung der Modelle mit Stellen. Als der Modellversuch durchgeführt wurde, gab es 19 Stunden für eine Schule, die zusätzlich ein Ganztagsangebot gemacht hat, jetzt sind es zwölf. Wir stellen fest und es ist unumstritten, dass diese Stunden zumindest in der Grundschule bei Weitem nicht ausreichen und dass deswegen viele Ganztagsschulmodelle gar nicht erst beantragt und genehmigt werden.

Ein zweites Thema sind die Personalmittel für sozialpädagogische Betreuung. Diese Mittel sind zu niedrig. Wenn ich jetzt höre, dass in der CSU darüber geredet wird, die Qualität dieser Betreuung zu steigern, kann ich Ihnen sagen: Der beste Weg, das zu tun, ist, dafür mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir stellen bei den Ganztagsangeboten auch eine Vielfalt der Kompetenzen und Zuständigkeiten fest. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNEN sind sehr dafür, dass man flexible Modelle vor Ort findet, die man dann umsetzen kann. Was wir heute aber bei der Ganztagsfinanzierung an Modellvielfalt haben, ist ein Verschieben von Verantwortung, ein Zuständigkeitswirrwarr. Das sind unterschiedliche Qualitäten, die nicht gerechtfertigt sind. Diesem Wirrwarr müssen wir durch klare Regelungen und klare Modelle für die Zukunft ein Ende machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben heute gehört, dass aus der CSU – ich sehe die betreffenden Kolleginnen nicht – ein neues Modell vorgelegt werden soll. Eckpunkte sind verabschiedet worden. Was man bisher hört, lässt noch einige Fragen offen. Eines muss ich loben: Es wurde festgestellt, dass das Problem der Klassenmehrung tatsächlich den Ausbau von Ganztagschulen behindert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herzlichen Glückwunsch!)

Herr Kollege Pfaffmann, da waren Sie noch bildungspolitischer Sprecher. Wir haben dieses Thema immer wieder angesprochen. Wenn die CSU jetzt langsam auf den Trichter kommt, sind wir froh und entbieten unsere Glückwünsche. Wenn ich mir das Weitere aber anschau, frage ich mich, wie weit es mit diesen Eckpunkten wirklich her ist. Dort ist als Botschaft zu lesen, es gelte vor allem, die Blockadehaltung bei den Lehrkräften und bei den Schulleitungen aufzubrechen. Dann frage ich mich schon: Wo sind Sie eigentlich, was machen Sie eigentlich? Ich finde, das Problem ist nicht die

Blockadehaltung der Schulleitungen und der Lehrkräfte. Probleme sind vielmehr das ungenügende Angebot, die ungenügenden Richtlinien und die ungenügende Finanzierung vonseiten des Landes. Außerdem ist es psychologisch nicht klug, Leute, die man für ein Modell gewinnen möchte, damit anzusprechen, dass man ihre Blockadehaltung aufbrechen will. Das wollte ich dazu noch sagen.

Auch das Thema Arbeitsplätze an Schulen ist nicht neu für Lehrkräfte, die den ganzen Tag an der Schule sein sollen. Dann bin ich schon einmal gespannt, wie die Schulbau-förderrichtlinien geändert werden, um solche Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Natürlich können wir auch einmal über das Thema neue Arbeitszeitmodelle für Lehrkräfte reden. Aber wenn das Ganztagskonzept nur besagt, Lehrer müssen auch am Nachmittag noch in der Schule sein, und das ohne entsprechende Arbeitsplätze, dann ist das Thema falsch aufgepäppelt, und Sie werden mit diesem Thema nicht erfolgreich sein. Zu hören war von den Eckpunkten der CSU auch, dass man über die Kosten noch reden müsse und dass man noch nicht wisse, was dabei herauskommt. Die Kosten, das Geld, sind aber das Entscheidende, und das interessiert uns, den Landtag, besonders.

Herr Finanzminister Söder hat auf Nachfrage immerhin bekannt gegeben, dass der Ausbau der Ganztagsangebote, wie sich die CSU ihn überlegt hat, 150 Millionen Euro kosten würde. Eine stolze Summe! Ich mache eine andere Rechnung auf. Wir haben heute offene und gebundene Ganztagsangebote für 11 % der Schülerinnen und Schüler bis zu einem Alter von 14 Jahren. Wenn wir ein Angebot für 30 % der Schülerinnen und Schüler erreichen wollen – das wäre die Definition des Begriffs "bedarfsgerecht", die sich am Krippenausbau orientiert; das haben wir damals allerdings nicht erreicht -, dann bräuchten wir 355 Millionen Euro. Das sind schöne Summen. Ich wünsche Ihnen schon jetzt viel Spaß und Freude daran, bei den nächsten Haushaltsverhandlungen über diese Themen zu reden. Wir werden darüber reden. Wir werden Vorschläge machen. Wir kämen gut voran, wenn wir diesen Plan tatsächlich beschließen und uns

über die finanziellen Folgen klar würden. Dann können wir etwas erreichen. Mit schönen Worten und dem Verschieben von Problemen kommen wir leider nicht weiter.

Als Letztes ist noch zu sagen: Sie haben die Kommunen ganz vergessen. Wir müssen die Kommunen mit ins Boot nehmen. Wir brauchen einen Ganztagsgipfel, um mit den Kommunen über eine Weiterentwicklung der Ganztagsangebote zu reden und eine faire Lastenverteilung durchzuführen. Hier muss das Land mehr in die Verantwortung als heute genommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Mein Schriftführer zur Linken, der für die Redezeiten verantwortlich ist, hat mich gemahnt. Ich wollte Sie aber noch aussprechen lassen.

Falls die Botschaft noch stimmt – ich muss sie jetzt zumindest weitergeben -, darf ich bekanntgeben, dass jetzt zu allen Anträgen, die wir noch auf der Tagesordnung haben, namentliche Abstimmungen beantragt sind. Diese Botschaft gebe ich jetzt so weiter. Falls sich etwas ändern sollte, bitte ich es mir rechtzeitig anzuzeigen. Ansonsten rufe ich bei den Abstimmungen immer zur namentlichen Abstimmung auf. Vielleicht können wir uns dann auch darüber unterhalten, wie das Plenum in Zukunft stattfinden soll. - Jetzt darf ich als nächste Rednerin Frau Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den vorliegenden Antrag der GRÜNEN zum Ganztagsangebot gelesen habe, ist mir ein Wort von Winston Churchill eingefallen: Gelegentlich stolpern die Menschen über eine Wahrheit, aber sie richten sich auf und gehen weiter, als sei nichts geschehen. Wir haben in diesem Hohen Haus schon sehr häufig darüber gesprochen, dass der Ausbau der Ganztagschulen in Bayern auf Hochtouren läuft, dass wir einen Ausbauplan haben, der dynamisch weitergeführt wird und dass bis heute kein einziger Antrag auf Schaffung von Ganztagsangeboten abgelehnt worden

ist. Über diese Wahrheit sind die Oppositionsparteien bei ihrem permanenten Versuch, das bayerische Bildungssystem schlechtzureden und hier für Unruhe zu sorgen, schon oft gestolpert. Wie aber der vorliegende Antrag zeigt, richten sie sich wieder auf und gehen weiter, als sei nichts geschehen.

(Beifall bei der CSU)

Die Forderung nach Vorlage eines konkreten Ausbauplans ignoriert schlicht und einfach auch die Tatsache, dass an allen Schularten die Zahl der Anträge auf Schaffung gebundener Ganztagszüge deutlich unter der Zahl liegt, die der Freistaat verbindlich zugesagt hat. Ich wiederhole in dieser Diskussion zum vierten Mal: Der Freistaat hat zum Beispiel 2008 zugesagt, an 540 Grundschulen gebundene Ganztagszüge zu finanzieren. Tatsächlich beantragt wurden 354.

Während der Fokus der Oppositionsparteien auf Ganztagschulen liegt, die vor allem in gebundener Form eingerichtet werden – dies betrifft alle Anträge –, setzen wir auf eine vielfältige Angebotspalette mit verschiedenen Formen der Ganztagsbetreuung, also Mittagsbetreuung, Hort und offener und gebundener Ganztagschule. Herr Gehring, hier möchte ich etwas ergänzen. Sie haben gesagt, dass jemand von einem Projekt zurückgetreten sei. Es war ein gebundenes Ganztagsangebot. In der Diskussion im Ausschuss haben wir schon oft darüber gesprochen, dass Sie beim Ausbau von Ganztagsangeboten, bei der Qualität grundsätzlich nur von gebundenen Ganztagsangeboten reden. Das tun wir nicht.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht! Sie lesen unseren Antrag nicht!)

Nur die so erreichte Flexibilität – diese wollen wir in Bayern erreichen und behalten – wird den unterschiedlichen Bedürfnissen, Gegebenheiten und dem, was vor Ort anliegt, in den verschiedenen Regionen Bayerns gerecht. Damit handeln wir nicht an den Menschen vorbei. Zudem wünscht sich die große Mehrheit der Eltern – das sollten Sie

vor Ort nachfragen, das ist nicht wegzudiskutieren – ein flexibles Angebot. Das können wir nur mit gebundenen Ganztagsangeboten nicht erfüllen.

(Beifall bei der CSU)

Ein flexibles Angebot muss zumindest an einzelnen Nachmittagen in der Woche Spielräume fürs Familienleben und für andere private Anlässe eröffnen. Die Wahrheit lautet: Der Ausbau der Ganztagschulen in Bayern ist auf einem guten Weg. Deshalb ist es sehr schade, dass wir uns permanent mit den Schaufensteranträgen der Opposition beschäftigen müssen, die uns viel Zeit kosten. Sie kennen vielleicht den Ausspruch: Nicht reden, sondern tun. Das haben wir gemacht.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Was denn?)

Sie verlangen immer ein Konzept. Wir haben heute ein Eckpunktepapier vorgelegt. Es entspricht zwar inhaltlich nicht dem, was heute in der "Süddeutschen Zeitung" zu lesen war.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dann müssen Sie es uns präsentieren!)

Dieses Eckpunktepapier trägt aber der notwendigen Weiterentwicklung der Ganztagsgarantie Rechnung.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dann legen Sie es einmal vor!)

Deshalb komme ich zum Schluss, und auch mein Spruch hierzu stammt von Winston Churchill. Er passt hier ausgesprochen gut: Eine gute Rede ist eine Ansprache, die das Thema erschöpft, aber keineswegs die Zuhörer. - Letzteres überlasse ich gerne der Opposition mit den ewig gleichen Anträgen. Dadurch wird die ganze Sache nicht besser. Zum Ausbau der Ganztagsangebote sage ich Ihnen klipp und klar: Wir sind gegen die Einführung einer staatlich verordneten Ganztagschule. Wir sind für die Flexibilität, für die Vielfalt, und deshalb wird die CSU-Landtagsfraktion den Antrag der GRÜNEN ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass wir auch heute wieder über die Ganztagschule in Bayern sprechen können. Frau Dr. Eiling-Hütig, bis 2018 soll jeder Schüler bis 14 Jahre ein schulisches Ganztagsangebot wahrnehmen können. Ich habe gerade von Ihnen wieder gehört, um das zu erreichen, müssten wir gar nichts tun. Solche Aussagen verwundern mich immer wieder.

(Widerspruch bei der CSU)

- Lassen Sie mich ausreden. Umso mehr habe ich mich gefreut, dass eine Arbeitsgruppe der CSU mittlerweile doch Handlungsbedarf bei der Ganztagschule in Bayern sieht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schön, dass Sie endlich aufgewacht sind; denn Handlungsbedarf gibt es wirklich.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Es ist schön, dass Sie endlich erkannt haben, dass die Kinder, die meistens ganztags in die Kinderkrippe und in den Kindergarten gehen, bald schon vor der Türe stehen werden und in die Ganztagschule gehen wollen. Wenn wir nicht wollen, dass diese Kinder nachmittags auf den Straßen und in den Kaufhäusern herumlungern, ihre Hausaufgaben abschreiben oder alleine zu Hause vor dem Fernseher oder dem PC sitzen, müssen wir jetzt dringend aktiv werden. Sie können mir glauben: Es gibt jede Menge zu tun. Für den Ganzttag wird bisher noch nicht einmal flächendeckend der Bedarf erhoben. Aus den Bedürfnissen, die die einzelnen Familien anmelden und haben, werden 0,0 Konsequenzen gezogen. Wenn eine Mutter sagt, sie brauche ein Ganztagsangebot, wird sie damit alleine gelassen. Es wird ihr nichts zur Verfügung gestellt. Wir sind in Deutschland trauriger Letzter beim Auf- und Ausbaustand der Ganztags-

schulen. Das habe nicht ich festgestellt, sondern der Aktionsrat Bildung. Es ist eine Schande, dass wir in diesem reichen Bayern keine Verantwortung für diese Familien und Kinder übernehmen und nichts voranbringen.

(Zuruf von der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen schnellstmöglich einen Ausbauplan. Nur mit einem konkreten Plan kann es gelingen, zeitnah Ganztagsplätze für die Kinder zu schaffen. Vor allem brauchen wir mehr Qualität in den Ganztagsbetreuungen. An der Qualität hapert es. Das zeigt das Beispiel des Kreisjugendrings in München, das mein Kollege aufgezeigt hat. Der Kreisjugendring München hat der gebundenen Ganztagschule die Note 5 ausgestellt und wird zukünftig sein Angebot einstellen. Bei 6.000 Euro pro Klasse und Schuljahr für externe Kooperationspartner, das sind 500 Euro pro Monat, kann wahrlich kein pädagogisches Personal dauerhaft sozialversichert angestellt werden.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Dr. Eiling-Hütig?

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Nein, jetzt nicht.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Sie haben nachher die Gelegenheit zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet, wir müssen schnellstmöglich nachbessern. Ich lese Ihnen die Darlegungen des Kreisjugendrings nicht mehr vor. Das können Sie selbst nachlesen. Eines sage ich Ihnen aber: Wir wollen keineswegs nur gebundene Ganztagschulen, auch wenn wir der festen Überzeugung sind, dass eine gebundene Ganztagschule ein gutes Angebot für Kinder sein kann. Das haben viele Studien, zum Beispiel die StEG-Studie, festgestellt. Eines ist aber ganz wichtig: Die Qualität des Angebots muss stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur bei der gebundenen Ganztagsschule, auch bei der offenen Ganztagsschule gilt es, nachzufinanzieren. Auch dort wird größtenteils mit gering entlohntem Personal gearbeitet. Das Gleiche gilt für die Mittagsbetreuung. Uns kommt es nicht darauf an, nur gebundene Ganztagsschulen zu bekommen. Wir brauchen eine gute Qualität für unsere Kinder. Diese wird in vielen Studien eingefordert. Wenn Ihnen diese Diskussion weh tut, sehe ich, dass das bei Ihnen angekommen ist.

Zum Schluss kann ich Ihnen nur eines sagen: Wir brauchen einen konkreten Ausbauplan. Wir brauchen einen Ganztagsgipfel, damit wir uns mit den kommunalen Spitzenverbänden abstimmen können. Wir brauchen eine flächendeckende Bedarfserhebung. Wir brauchen einheitliche Qualitätsstandards für die verschiedenen Angebote. Außerdem müssen Mittel her, damit endlich die Qualität stimmt und damit eine Ganztagschule mehr ist als nur eine Aufbewahrung.

Mich hat es aus dem Stuhl gehoben: Eine Präsenzpflcht für Lehrer am Nachmittag. Allein eine solche Präsenzpflcht für Lehrer am Nachmittag wird es nicht richten. Ohne Moos ist in diesem Bereich nichts los.

(Beifall bei der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das fordern wir gar nicht!
Erst Konzept lesen, danach reagieren!)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, verbleiben Sie bitte am Rednerpult für eine Intervention von Frau Kollegin Dr. Eiling-Hütig.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Frau Dr. Strohmayr, ist Ihnen bekannt, dass in dem Aktionsplan, den Sie immer so gern zitieren, auf keiner Seite steht, dass unsere Kinder verwahrlosen, wenn sie nicht im gebundenen Ganzttag betreut werden? Zur Seite 102: Ich habe das schon viermal zitiert und Sie merken, es regt mich langsam auf. Dort steht, dass bei den sozialen Kompetenzen und bei den Kompetenzen in den Kernfächern keine Unterschiede zwischen den Kindern an einer Halbtagsgrundschule und einer Ganztagsgrundschule eruierbar sind. Ich halte es für eine unwahrscheinliche Frechheit, sich hierher zu stellen und zu sagen: Wenn Kinder nicht in einem gebunde-

nen Ganzttag sind, dann hungern sie im Kaufhaus rum. Ich weiß nicht, was Ihre Kinder machen. Unsere tun das nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Frau Dr. Strohmayr, Sie sind sehr belesen. Sie sind ja fünf Jahre länger im Landtag als ich. Das akzeptiere ich, und das ist auch richtig so. Ist Ihnen aber bekannt, dass der Kreisjugendring München ganz deutlich gesagt hat, dass nur gebundener Ganzttag nicht das ist, was die Kinder brauchen, sondern dass er vor allem dafür plädiert, dass es den Kindern gut geht? Das ist auch in einem Hort möglich, nicht nur über den gebundenen Ganzttag. Ist Ihnen das bekannt? Lesen Sie die Note 5 des Kreisjugendrings München für die gebundene Ganzttagsschule an der Grundschule. Ich habe es Ihnen schon dreimal gesagt: Zitieren Sie bitte korrekt. Beleuchten Sie alles und nicht nur das, was Ihnen gerade in den Kram passt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Frau Dr. Eiling-Hütig, es ist noch viel schlimmer, als Sie es gerade gesagt haben: Ich bin nicht nur fünf Jahre länger in diesem Haus, sondern zehn Jahre länger. Frau Kollegin, auch wenn es Ihnen schwer fällt, noch einmal zuzuhören: Daher weiß ich, wie die Dinge hier laufen. Vor zehn Jahren stand ich hier und habe für Kinderkrippen gekämpft. Damals habe ich die gleiche Debatte über die Kinderkrippen geführt. Inzwischen gibt es sie. Deshalb werde ich nicht aufhören, das einzufordern, was unsere Kinder, unsere Familien und unsere Lehrer brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Felbinger das Wort.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist interessant, diese x-te Debatte über die Ganztagsan-

gebote in Bayern zu verfolgen. Frau Dr. Eiling-Hütig, ich muss mich wundern: Sie werfen der Kollegin vor, sie sollte korrekt zitieren. Sie müssen einfach nur die korrekten Zahlen und die Wahrheit auf den Tisch legen und nicht irgendwelche Visionen oder Wunschvorstellungen. Sie haben vorhin gesagt, die Opposition würde immer die gleichen Anträge zum Thema Ganztagsangebote bringen, es seien Schaufensteranträge. Das sind sie bei Weitem nicht.

In Ihrem Wahlprogramm heißt es: Wir sagen zu, dass jeder Antrag auf Einrichtung eines Ganztagsangebots genehmigt wird. Bis 2018 soll jeder Schüler bis 14 Jahre ein Ganztagsangebot wahrnehmen können. – Dazu muss ich Ihnen sagen: Das enthält mindestens eine Unwahrheit, nämlich die, dass jeder Antrag genehmigt wird. Ich war erst vor zwei Tagen bei einem Schulbesuch. Man hat mir von einem Netzwerktreffen bei der Regierung von Unterfranken berichtet. Gleich mehreren Schulen wurden die Anträge auf gebundene Ganztagszüge nicht genehmigt, weil – man höre und staune! – das Thema Klassenmehrung ein Hinderungsgrund war. Das ist die Realität an den Schulen, nicht das, was Sie hier erzählen. Man sieht daran, dass die Garantien, die Sie immer verkünden wollen, Schall und Rauch sind.

Das sind ohnehin schwammige Garantien; denn wenn Sie von einem Ganztagsangebot reden, meinen Sie eigentlich Ganztagsbetreuung. Das verwundert nicht, wenn man sich die Zahlen anschaut: 4,3 %, 15,9 %, 0,8 % und 1,1 %: Da sind nämlich unsere Grundschulen, Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien angesiedelt, so viele Schüler nehmen an diesen Schularten den gebundenen Ganztagsunterricht wahr, der eine gewisse Qualität verspricht und eben nicht nur eine Verwahrung oder Betreuung umfasst. In Deutschland haben wir die drittniedrigste Quote. Das ist eigentlich bedauerlich. Insofern frage ich mich, wie Sie unsere Anträge als Schaufensteranträge titulieren können.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU))

Diese Bewertung müssen Sie aber selber vornehmen.

Der Ministerratsbeschluss von 2009 lautet, dass bis zum Ende der vergangenen Legislaturperiode der Ausbau gebundener Ganztagschulen an jedem der 407 Gymnasien für die Jahrgangsstufen 5 und 6 stattfinden sollte oder durchgezogen werden könnte. An 1,1 % der bayerischen Gymnasien ist das erfolgt. Dazu muss ich sagen: Ziel nicht nur verfehlt, sondern krachend verfehlt.

Weil wir wissen, dass die Staatsregierung gerne ankündigt, aber nicht liefert, wollen wir, dass unverzüglich ein Ausbauplan in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden vorgelegt wird. Kollege Gehring hat schon thematisiert, dass das Angebot oft scheitert, weil die Kosten, die die Kommunen tragen müssen, erheblich sind. Der Staat bezuschusst viel zu gering. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Der Markt Oberthulba bezuschusst seine Ganztagsklasse zusätzlich mit 63.000 Euro pro Jahr, damit das Ganze funktioniert. So viele Kommunen gibt es nicht, die das Geld in die Hand nehmen.

Sie sagen, es gibt einen Plan. Das ist schön und gut, aber dieser Plan ist überholt. Immerhin ist es erfreulich, dass die CSU aufgewacht ist – Sie haben das vorhin gesagt – und vier Grundschulmodelle vorstellt. Wenn wir näher hinschauen, stellen wir aber fest – egal, welcher Zeitung wir glauben dürfen –: Es geht im Wesentlichen wieder nur um Betreuung, die irgendwie variiert.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das ist nicht richtig!)

Der Ganztagsdschungel – dieses Wort habe ich im Ausschuss schon oft gebraucht – wird mit diesen neuen Modellen, die Sie auf den Markt bringen, nur noch undurchsichtiger. Sie sollten endlich einmal daran denken, die Kommunen mit ins Boot zu nehmen und diesen Dschungel vielleicht etwas zu durchforsten, anstatt ihn noch weiter zu verdichten. Es sollte zwei Angebote geben, von mir aus einen gebundenen und einen offenen Ganztagszug. Alles andere drum herum verwirrt die Menschen nur. Keiner weiß, was ein verlängertes Angebot in irgendeiner Weise bedeutet.

Ein gutes Angebot generiert die Nachfrage, und nicht umgekehrt. Deswegen brauchen wir einen Ausbauplan, und zwar so schnell wie möglich. Vielen Dank fürs Zuhören. – Sie wollen eine Frage stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung. – Bitte.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Herr Abgeordneter Felbinger, ich wüsste gerne, wie Sie auf die Idee kommen, dass wir eine Vermehrung der Ganztagsangebote machen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben heute in der Fraktion ein Eckpunktepapier beschlossen. Sie werden es sicherlich auf der CSU-Landtagsseite nachgelesen haben. Ich vermute, sie liegt bei Ihnen auf dem Ticker, und Sie werden sie regelmäßig durchsuchen. Wir haben klar gesagt, dass wir bewusst eine gewisse Angebotspalette machen. Wir werden genau das, was Sie als Angebotsdschungel beschreiben, eindämmen. Wir werden eine gewisse Anzahl anbieten. Die Kommune hat die Möglichkeit, frei zu wählen, was sie gerne möchte.

Alles andere entspricht nicht der Wahrheit. Ich freue mich auf die einstimmigen Beschlüsse, die wir sicherlich fassen werden; denn all das, was Sie gefordert haben, haben wir umgesetzt.

(Beifall bei der CSU)

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Ich muss gestehen, dass ich Ihre Seite nur dann google, wenn mir wirklich langweilig ist. Momentan ist mir nicht langweilig.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sehr gut!)

Insofern hatte ich noch nicht die Möglichkeit, Ihre Eckpunkte anzuschauen und zu kategorisieren. Ich habe mich auf das verlassen, was heute im "Münchner Merkur" und in der "Süddeutschen Zeitung" zu lesen war.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das im "Merkur" stimmt! Die "Süddeutsche" hat mit uns nichts zu tun!)

Sie können mir Ihre Eckpunkte gerne vorlegen, damit auch ich sie kennenlerne.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung erteile ich jetzt Herrn Staatsminister Dr. Spaenle das Wort. – Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich bin den beiden Kolleginnen, die die Projektgruppe in der CSU-Landtagsfraktion geleitet haben, außerordentlich dankbar dafür, dass sie aus den bayernweit bestehenden Modellen ein Eckpunktepapier erarbeitet haben. Unsere Fraktion hat es heute einstimmig verabschiedet.

Die Wiederholung von Sachverhaltsbeschreibungen, die nicht der Realität entsprechen, macht die Debatte um den Ganzttag weder lebendiger noch erfreulicher. Wir haben mit den kommunalen Spitzenverbänden im Jahr 2009 eine Grundlagenentscheidung zur Entwicklung von Ganzttagsschulangeboten getroffen, die die Übernahme aller staatlichen Ganzttagsschulangebote in die Trägerschaft der Schule zum Inhalt hat. Wir haben eine klare Vereinbarung über die Ausstattung der jeweiligen Angebote, ob gebundener oder offener Ganzttag. Er setzt sich aus Lehrerstunden und der Mittagsschiene zusammen, wofür die Kommunen über das Kinder- und Jugendhilfegesetz weiterhin zuständig sind. Die Kommune leistet einen Eigenbeitrag von 5.000 Euro. Der Staat gibt einen Zuschuss von 1.000 Euro. Der Gegenwert für eine offene Ganzttagsgruppe entspricht genau dem, was die Anzahl der zur Verfügung stehenden Lehrerstunden für den gebundenen Ganzttag ausmacht, nämlich im Moment 6.000 Euro für die Mittagsschiene und weitere rund 20.000 Euro, die Ganzttagsschulangebote ermöglichen.

Diese Vereinbarung ist Grundlage für eine Ganztagsschulstrategie, die neben der in Rheinland-Pfalz die beste Ausstattung eines Ganztagszuges in der gesamten Bundesrepublik Deutschland zum Inhalt hat. Wir gehen so weit, dass wir die Flächendeckung mit der Bedarfsorientierung als Maßstab verbinden. Die Frage der Klassenmehrung war in Absprache mit den Sachaufwandsträgern von Anfang an ein Kriterium zur Entwicklung von Ganztagsschulangeboten. Insoweit ist die Aussage des Kollegen Felbinger nicht richtig. Alle Anträge, die den Rahmenbedingungen entsprechen – dazu gehört auch die Frage der Klassenmehrung –, werden seit dieser Vereinbarung vollumfänglich genehmigt. Wir kommen deshalb im Aufwuchs von Ganztagsschulangeboten der Antragssituation nach, die zwischen ländlichen und städtischen Regionen übrigens ganz unterschiedlich ist. Wir gestalten den Aufwuchs so, dass der Ausbau von Standorten Priorität hat vor der Angebotsvielfalt.

In den großen Flächenländern wie Nordrhein-Westfalen haben wir ein einziges schulisches Angebot der Ganztagsbetreuung. Das ist im Prinzip eine modifizierte Form der offenen Ganztagsschule. Das ist auch in Rheinland-Pfalz der Regelfall. In Bayern gehen wir einen anderen Weg. Wir haben eine Kulisserie von Horten in der Trägerschaft den Kommunen, finanziert über das BayKiBiG und das betreuende Arbeitsministerium. Entsprechend der Bedarfsanalyse halten wir ein hochwertiges Betreuungsangebot vor, das intensiv nachgefragt wird.

Ich bin sehr dankbar, dass ein Modell, das eine stärkere Abstimmung zwischen dem Hort in seiner Bestandssituation und der jeweiligen Einzelschule ermöglichen wird, Teil dieses Eckpunktepapiers der CSU-Fraktion ist. Wir haben ganz bewusst beide Formen, die des offenen und die des gebundenen Ganztags, je nach der Bedarfssituation, in die Antragshoheit der Kommune gestellt. Das ist genau das Prinzip, das das Eckpunktepapier wieder aufgreift, um hier voranzugehen und die für die jeweilige lokale Situation nötige und richtige Antragsform auf den Weg zu bringen.

Wir haben in Zusammenhang mit der Entwicklung der Förderkulisserie im Bereich des Gymnasiums die Schulen, vor allem natürlich die in staatlicher Trägerschaft, ausdrück-

lich darauf hingewiesen, freundlich ermahnt, ja geradezu gebeten, den gebundenen Ganztag im Bereich der staatlichen Gymnasien flächendeckend mit mindestens einem Zug an jedem staatlichen Gymnasium weiter voranzubringen und auszubauen. Ich bin ausgesprochen dankbar, dass wir jetzt – wir müssen es natürlich im Haushalt hinterlegen; das gehört zu einer ganzheitlichen Betrachtung – über die Formen der Mittagsbetreuung ganz bedarfsgerecht, von der normalen Mittagsbetreuung, der verlängerten bis hin zur "Mittagsbetreuung plus", eine konkrete Antwort auf die Betreuungssituation am einzelnen Standort geben,

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr schön! Von der Betreuungssituation!)

darüber hinaus einen gebundenen Ganztag als *die* schulische Form des Ganztagsangebots zur Verfügung haben und jetzt auch - wir werden, wie gesagt, diese Dinge natürlich im Hinblick auf die Frage der Hinterlegung im Haushalt verantwortlich zu verhandeln haben – den Einstieg in die offene schulische Ganztagsform in der Grundschule vollziehen können. Das heißt: Wir haben eine bedarfsgerechte Palette an Maßnahmen zur Verfügung, die jetzt durch diesen Grundsatzbeschluss hinterlegt ist und die wir flächendeckend und bedarfsgerecht weiter ausbauen werden. Das ist die Tatsache. Die Kommunen sind als die Sachaufwandsträger diejenigen, die den Bedarf am besten kennen, identifizieren und in Antragsform bringen. Auch die bauliche Situation wird durch einen dauerhaft zur Verfügung stehenden durchschnittlich 15-prozentigen Zuschuss für entsprechende Baumaßnahmen über das FAG abgearbeitet.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke, Herr Staatsminister. Verbleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Zunächst hören wir eine Zwischenbemerkung des Kollegen Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Minister, ich habe mir die Homepage der CSU-Fraktion angeschaut, die ich auch durchstöbere, wenn mir nicht langweilig ist, alleine schon weil sie ein schönes Foto der beiden Kolleginnen beinhaltet. Der Haupttenor

dieses Papiers ist eigentlich eine Status-Quo-Beschreibung. Im Artikel des "Münchner Merkur" wird es dann etwas konkreter. Darin wird auf das Thema Hort und Schule hingewiesen. Tatsächlich besteht ja das Problem genau darin, dass zu fragen ist, wie und ob diese beiden Systeme verknüpft werden können. Aber ich sehe nicht, wie hier eine Dynamik entstehen sollte.

Es gibt bei Weitem kein flächendeckendes Hortangebot. In meinem Landkreis wird es vielleicht zwei oder drei Horte geben. Wie soll also erstens eine Dynamik entstehen, sodass zum Beispiel zusätzliche Horte neben der Grundschule entstehen? - Zweitens. Sie sagen, es solle jetzt auch ein offenes Ganztagsangebot für Grundschulen geben. Heißt das, dass dieses an die Stelle der Mittagsbetreuung treten wird?

Meine dritte Frage lautet: Über den Haushalt werden Sie auch schon ein bisschen nachgedacht haben. Wie realistisch schätzen Sie die von Finanzminister Söder genannte Zahl ein, dass dieses Programm etwa 150 Millionen Euro kostet, und wie realistisch schätzen Sie unsere Zahlen ein, die durchaus vom Doppelten ausgehen?

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Zunächst einmal geht es konkret darum, dass die Bedarfssituation vor Ort mit der richtigen Betreuungsform bzw. dem richtigen schulischen Ganztagsangebot beantwortet wird. Die Eckpunkte, die die CSU-Fraktion heute beschlossen hat, erweitern, wenn ich es so sagen darf, den zur Verfügung stehenden Instrumentenkasten. Insofern kann und will ich Ihre Frage auch dahin gehend verstehen, dass wir – noch einmal – bedarfsgerecht und flächendeckend vorgehen. Ob Mittagsbetreuung, eine erweiterte Mittagsbetreuung oder die "Mittagsbetreuung plus", der gebundene Ganztags oder die Form des offenen Ganztags in Zukunft die Betreuungs- bzw. die schulische Ganztagsangebotssituation am Einzelstandort prägen wird, können wir nicht vorhersagen. Das wollen wir auch gar nicht, weil es darum geht, dass die Schulfamilie vor Ort eine passgenaue Betreuungskulisse für ihren Standort oder auch für eine Standortlandschaft, wenn man an eine Gemeinde denkt, entwickeln kann.

Wir können zum Beispiel bereits heute über eine Zahl von Grundschulsprengeln, über einen besonderen Sprengel für einen dann etwa in Form einer gebundenen Ganztagschule ausgebrachten Grundschulstandort verfügen. Das ist ein Instrumentarium, das bereits heute existiert.

Das heißt also: Ziel ist es, flächendeckend und bedarfsgerecht, also nachfrageorientiert vorzugehen, weil es Regionen etwa im ländlichen Raum gibt, wo wir vielleicht einen anderen oder geringeren Betreuungsbedarf geltend gemacht sehen, wo es eine ganz andere Nachfragekulisse gibt als in großstädtischen Ballungsräumen wie etwa der Landeshauptstadt München, wo 60 Schulen aus unterschiedlichen Gründen gerne Anträge stellen würden, weil die Raumverhältnisse nicht ausreichend sind oder die Antragssituation in der Frage der entsprechenden schulischen Standorte bis jetzt nicht befriedigend beantwortbar ist.

Wir gehen deutlich weiter als etwa das größte Land, Nordrhein-Westfalen, das – ich sage es noch einmal – *einen* Typ der Betreuungsform, nämlich die offene Ganztagschule, hat. Sie stellt die pädagogische Vielfalt, die in einem gebundenen, pädagogisch rhythmisierten Ganztagsangebot liegt, nicht zur Verfügung. Ich sage es noch einmal: Wir haben zum Beispiel die Gymnasien im Bereich der erweiterten Förderkulisse, die notwendig ist, um auf die Heterogenität dieser Schulform eine Antwort zu geben, noch einmal deutlich darauf hingewiesen und sie aufgefordert, den gebundenen Ganztags als ein Regelangebot – das ist ja logisch bei mehreren Zügen, die ein staatliches Gymnasium aufzuweisen hat – in der Fläche zu beantragen. Wir kommen dem nach und bieten auch Unterstützung im Hinblick auf die baulichen Gegebenheiten, die vielerorts erst herzustellen oder zu verbessern sind. Dies unterstützt der Freistaat dauerhaft mit einer in der Regel um 15 % höheren Förderquote als bei normaler Unterstützung von Baumaßnahmen im Bereich der Neuschaffung oder von Renovierungsmaßnahmen an Schulen.

Präsidentin Barbara Stamm: Die nächste Zwischenbemerkung macht Frau Kollegin Dr. Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Herr Minister, Sie sprechen immer vom bedarfsgerechten Angebot. Wir hatten, wenn Sie sich erinnern, vor zehn Jahren eine ähnliche Diskussion, als es um die Kinderbetreuung und die Kinderkrippen ging. Damals wurde auch immer vom bedarfsgerechten Angebot gesprochen, und letztendlich wurde im BayKiBiG die Bedarfserhebung festgeschrieben. Die Kommunen müssen jetzt den Bedarf erheben und auch fortschreiben. Das heißt konkret: Alle Eltern, die Kinder im einschlägigen Alter haben, werden regelmäßig angeschrieben und gefragt, was sie brauchen.

Genau eine solche Bedarfserhebung fehlt mir hier. Was macht denn eine Mutter oder eine Familie, die einen Bedarf hat? Wo wende ich mich denn hin, um meinen Bedarf anzumelden, und was passiert dann?

(Zuruf von der CSU: An die Gemeinde natürlich, an die Schule!)

Ich kann mich an den Schulleiter wenden. Aber wenn ich nicht 30 andere finde, wird nichts passieren. Und wenn der Schulleiter aus irgendwelchen anderen Gründen – Klassenmehrung usw. – nicht die Möglichkeit hat, etwas zu machen, dann bleibe ich auch auf der Strecke. Wohin kann ich mich also bei Bedarf wenden, und was passiert, wenn ich einen Bedarf anmelde? Wo ist der bedarfsgerechte Ausbau?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Der Bayerische Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung im November des vergangenen Jahres die Garantie ausgesprochen, dass für Schülerinnen und Schüler bis zum 14. Lebensjahr eine ganztägige Betreuung bedarfsgerecht und flächendeckend zur Verfügung gestellt wird.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der Bedarf ergibt sich aus den Anträgen, die die Sachaufwandsträger stellen, um ganztags schulische Angebote in Bayern, von Lindau bis Hof und von Aschaffenburg bis Passau, auf den Weg zu bringen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Die Anträge bilden doch nicht meinen Bedarf ab!)

Wir haben in München – ich kann die Zahl gerne wiederholen; ich dachte, ich erspare es Ihnen auch mit Blick auf die Redezeit – eine ganze Reihe von Schulen, die diesen Bedarf geltend machen, die ihn aber noch nicht umsetzen können. Insofern ist es doch ganz selbstverständlich, dass die einzelne Schule im Bereich ihrer Schulfamilie den Bedarf feststellt und dass der Sachaufwandsträger diesen über einen Antrag oder mehrere Anträge zum Ausbau oder zur Ersteinrichtung von ganztags schulischen Betreuungsangeboten deutlich macht bzw. dass in der Grundschule von der Möglichkeit der Mittagsbetreuung in ihrer ganzen Vielfalt Gebrauch gemacht wird. Das ist der Anspruch, den die Menschen in unserem Land - -

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das ist wirklich Lug und Trug! Wenn das ernst gemeint ist, dann ist das Lug und Trug! Das kann ich nur wiederholen! Das ist nicht bedarfsgerecht!)

- Ich habe Ihnen auch sehr genau zugehört. - Der Bedarf orientiert sich an den Feststellungen, die letztlich über die Anträge der Sachaufwandsträger gegenüber den Schulbehörden deutlich gemacht werden, und diese werden in vollem Umfang genehmigt. Es gibt keinen Antrag, der den pädagogischen Grundrichtlinien und den Genehmigungsrahmenbedingungen entspricht und nicht genehmigt wurde.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Im Gegenteil fordern wir dazu auf. - Die Kollegin Eiling-Hütig hat im Übrigen angesprochen, welche Möglichkeiten wir in den vergangenen Haushalten im Bereich der gebundenen Ganztagschule hatten, die nicht ausgeschöpft wurden. - Ich kann Ihnen für das bayerische Gymnasium noch einmal deutlich machen, dass wir etwa im Bereich

der gebundenen ganztagsschulischen Angebote eine dramatische Steigerung nicht nur erwarten, sondern geradezu dazu animieren.

Diese Bedarfsorientierung kann nur die Schulfamilie vor Ort leisten. Es ist zu berücksichtigen, dass sich die Schullandschaft in den ländlichen Regionen deutlich von der in den verdichteten Ballungsräumen Bayerns unterscheidet. Falls jeweils Änderungsbedarf festgestellt wird, müssen entsprechende Wünsche in Antragsform gegossen werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Professor Piazolo. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, Sie haben uns soeben Grundprinzipien von Ganztagsangeboten im Grundschulbereich dargelegt. Dabei erwähnten Sie den Begriff "bedarfsgerecht". Sie plädieren für die Wahlmöglichkeit und vertreten die Auffassung, Schulfamilie und Kommunen sollten vor Ort entscheiden. Das sind gute Prinzipien; auf dieser Grundlage kann man diskutieren. Sie entsprechen übrigens exakt denen, die wir in unserem Text zum G 8/G 9-Volksbegehren festgeschrieben haben. Im Zusammenhang mit der Diskussion über G 8/G 9 allerdings lehnen Sie diese Prinzipien ab; von Bedarfsgerechtigkeit und Wahlmöglichkeit sprechen Sie nur bei der Grundschule. Auch soll nach Ihren Vorstellungen, wenn es um Gymnasien geht, nicht die Schulfamilie vor Ort entscheiden. Sie sagen, das sei die schlechteste Variante, die Sie sich vorstellen könnten. Bei den Grundschulen ist es plötzlich das Beste. Wie geht das zusammen?

Herr Staatsminister, Sie haben genau unsere Argumente vorgetragen. Die Schulfamilie vor Ort weiß exakt, was vor Ort abläuft; sie weiß, was für die Kommunen gut ist; sie weiß, was für die Eltern gut ist. Das gilt nicht nur für Grundschulen, sondern für Schulen allgemein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Es freut mich ganz besonders, dass Sie die Kriterien, die die Bayerische Staatsregierung und die Mehrheitsfraktion in diesem Hohen Hause an die Genehmigung von ganztags schulischen Angeboten anlegen, teilen und unser Herangehen sogar als nachahmenswert empfinden. Das ist ein Kompliment für die bayerische Bildungspolitik. Unsere Ganztagsangebote sind pädagogisch besonders wertvoll.

(Beifall bei der CSU)

Möglicherweise sind Sie einem intellektuellen Missverständnis erlegen. Der Diskurs ist eine hohe Kunst, die wir beide hoffentlich beherrschen. Sie wissen genau, dass die von Ihnen vorgeschlagene Parallelführung der Klassenstufen 5 bis 12 und 5 bis 13 die insuffizienteste Lösung ist, wenn es darum geht, unserer Verantwortung für den ländlichen Raum gerecht zu werden. Ihnen ist auch bekannt, dass wir uns in einem ergebnisoffenen Dialog über die Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums befinden. Wir werden in wenigen Minuten, wenn die Sitzung offiziell zu Ende ist, zum ersten Mal mit den bildungspolitischen Sprechern aller Fraktionen zusammentreten, um dieses Themenfeld in einem Arbeits- bzw. Werkstattgespräch anzugehen. Sie wissen, dass wir uns insoweit in einem Diskussionsprozess mit mehreren fachlichen Schwerpunkten befinden. Ich freue mich sehr, dass wir und alle Landtagsfraktionen uns heute Abend der Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums unter den neuen Rahmenbedingungen widmen werden.

Ich respektiere den Weg der Volksgesetzgebung, den Sie eingeschlagen haben. Wir werden auch in diesem Rahmen die Argumente austauschen. Ich bin sehr froh, dass wir über den Weg des bayerischen Gymnasiums in der Mitte der Gesellschaft diskutieren. Den gesellschaftlichen Disput über die Weiterentwicklung wollen wir gemeinsam ein gutes Stück vorantreiben.

Ich bedanke mich noch einmal für Ihr Qualitätsattest in Bezug auf die bayerische Bildungspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung; namentliche Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 17/1816 ist angesagt. Die Urnen stehen bereit.

Ich kündige jetzt für diese Abstimmung fünf Minuten an. Alle weiteren namentlichen Abstimmungen – das sage ich von vornherein – werden nur noch drei Minuten dauern. Ich bitte Sie, sich darauf einzustellen.

Ich eröffne die Abstimmung. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 18.24 bis 18.29 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten außerhalb des Plenarsaals auszuzählen.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Sitzung fortfahren kann. - Ich gebe die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zum Thema Steigerwald bekannt.

(Unruhe)

Ich bitte die Plätze einzunehmen. - Zunächst gebe ich das Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schutz für den Steigerwald", Drucksache 17/2197, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 52, mit Nein haben gestimmt 106, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun das Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend "Der bessere Weg für den Steigerwald", Drucksache 17/2198: Mit Ja haben gestimmt 106, mit Nein haben gestimmt 52, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Dann das Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Holzweg verlassen – Weltnaturerbe Steigerwald schaffen", Drucksache 17/2199: Mit Ja haben gestimmt 52, mit Nein haben gestimmt 103, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Schließlich gebe ich das Ergebnis der Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Trittsteinkonzept statt Großflächenstilllegungen im Steigerwald", Drucksache 17/2212, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 104, mit Nein haben gestimmt 51. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich möchte die Sitzung wieder aufnehmen und bitte, die Plätze einzunehmen. Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Konkreter Ausbauplan für Ganztagsangebote!", Drucksache 17/1816, bekannt geben. Mit Ja haben 61, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt. Enthaltungen gab es nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10 – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2014 zu Tagesordnungspunkt 4: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Konkreter Ausbauplan für Ganztagsangebote! (Drucksache 17/1816)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald			
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	61	85	0